

# Fraktion direkt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



## Zur Lage

# Das Jahr hat mit guten Nachrichten begonnen

## Wirtschaftsaufschwung auch 2011

Das Jahr hat mit guten Nachrichten begonnen. „Das Wirtschaftswunder ‚made in Germany‘ hält an“, lautete in dieser Woche eine Schlagzeile, nachdem die Prognosen des neuen Jahreswirtschaftsberichts bekannt geworden sind. 2,3 Prozent Wirtschaftswachstum auch in diesem Jahr – damit konnten wir noch vor einigen Wochen nicht unbedingt rechnen.

Der Aufschwung im vergangenen und diesem Jahr kann Unternehmer und Arbeitnehmer stolz machen. Die christlich-liberale Koalition darf für sich aber auch in Anspruch nehmen, den Trend maßgeblich gefördert zu haben. Einen Aspekt gilt es hervorzuheben. Es mag zwar auf den ersten Blick überraschend klingen, aber der eingeschlagene Kurs der Haushaltskonsolidierung ist die Grundlage für das Wirtschaftswachstum, über das wir uns jetzt freuen können. Solide Staatsfinanzen schaffen Vertrauen. Sie garantieren nicht zuletzt die Stabilität unseres Euro.

Dass SPD und Grüne von dieser Einsicht noch weit entfernt sind, hat ihnen in dieser Woche sogar ein Verfassungsgericht bescheinigt. Die Entscheidung des nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshofs, den rot-grünen Nachtragshaushalt 2010 für das Bundesland zu stoppen, ist eine schwere Niederlage für die Koalitionäre in NRW. Sie unterstreicht den Vorwurf, den wir beiden Parteien schon

seit geraumer Zeit machen müssen: Sie sind nicht in der Lage, unser Land in eine gute Zukunft zu führen.

SPD und Grüne glauben immer noch, dass sich allein mit Geldausgaben Probleme lösen lassen. Dass eine immer größere Verschuldung die Chancen der nächsten Generation verspielt, nachhaltiges Wachstum und Geldwertstabilität akut gefährdet, ignorieren sie beide. Mit wechselnden Geldgeschenken wird der jeweils andere Koalitionspartner zufrieden gestellt und auch die Linkspartei bei Laune gehalten. Es geht ihnen nur um die Macht und nicht um die Menschen.

Das Verhalten von SPD und Grünen zeigt uns auch, was wir an unserem Koalitionspartner haben. Nur mit der FDP können wir die notwendigen Entscheidungen für unser Land treffen.

Wären SPD oder Grüne an der Regierung, hätten wir in Europa schon längst Eurobonds. Deutschland würde damit die Schulden anderer EU-Staaten direkt übernehmen. Das wäre fatal. Europa muss in den nächsten Jahren besser werden. Dazu müssen aber die Staaten vor allem eigene Anstrengungen unternehmen.



Volker Kauder  
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

*Wollen berichten*

## Inhalt

Das Jahr hat mit guten Nachrichten begonnen	1
Die Linke muss Farbe bekennen	2
Der Aufschwung geht weiter	3
Aigner: „Der Verbraucher muss wissen, was er isst“	4
Sicherheitsverantwortung schrittweise in afghanische Hände legen	5
Kopten in Ägypten befürchten schleichende Ausgrenzung	6
Für Religionsfreiheit überall auf der Welt	7
„Zwangsheiraten sind mit unserer Werteordnung unvereinbar“	8
Weißrussland – Repressionen sanktionieren, Zivilgesellschaft stärken	9
Das Arbeitsprogramm der EU-Kommission	9
Überlange Gerichtsverfahren	9
Letzte Seite	10

## Impressum

Herausgeber  
Peter Altmaier MdB  
Stefan Müller MdB  
CDU/CSU Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack  
Redaktion: Claudia Kemmer (verantwortl.)

Telefon (030) 227 53015  
Telefax (030) 227 56660  
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

## Kommentar

# Die Linke muss Farbe bekennen

## Wie hält sie es mit dem Kommunismus?



Peter Altmaier  
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer

Ein Gespenst geht um in der Öffentlichkeit: der Kommunismus. Ausgegraben aus der Müllhalde der Geschichte hat ihn Gesine Löttsch, Parteivorsitzende der Linken und Mitglied des Deutschen Bundestages. Sie fabulierte in der „Jungen Welt“ über „Wege zum Kommunismus“ und definierte den Kommunismus als Ziel ihrer Partei. Seitdem haben wir in der Öffentlichkeit eine Kommunismus-„Debatte“. Es muss einmal ganz klar gesagt werden, dass es da nichts mehr zu debattieren gibt: Seit dem kommunistischen Manifest von Marx und Engels hatte die kommunistische Ideologie 163 Jahre Zeit, sich in der politischen Wirklichkeit zu bewähren. Das Ergebnis ist ein mörderischer Albtraum der Geschichte. Alle historischen Projekte der Verwirklichung des Kommunismus mündeten in eine sowjetisch-bolschewistische Form des Staatsterrors und organisierten Verbrechens. Wenn es um den Kommunismus geht, versuchen deshalb Linke bis heute, Idee und Ausführung zu trennen. Unterschwellig gelten die unzähligen Leichen, die den Weg des Kommunismus pflastern, immer noch als bedauerlicher, aber entschuldbarer Betriebsunfall der Geschichte. Stalin, Mao und Pol Pot verkörpern aber nicht etwa die Entartung des Kommunismus, sondern seine logische Kon-

sequenz: Schon der Begriff verhöhnt die Millionen Opfer, die die kommunistischen Experimente gefordert haben. Er birgt in sich bereits den Verfassungsverstoß, weil seine Umsetzung die Abschaffung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zur Voraussetzung hätte.

Welche „kommunistischen“ Ziele nun Löttsch und große Teile der Linken tatsächlich haben, lässt sich aus ihrem Verhalten und ihrem Umfeld unschwer erkennen. Die Linken-Vorsitzende diskutierte auf einer Konferenz zum Thema „Wo bitte geht's zum Kommunismus? Linker Reformismus oder revolutionäre Strategie - Wege aus dem Kapitalismus“ mit der DKP-Vorsitzenden Bettina Jürgensen und der Ex-RAF-Terroristin Inge Viett. Viett äußerte vor kurzem, dass der „Aufbau einer revolutionären kommunistischen Organisation mit geheimen Strukturen“ das Gebot der Stunde sei. Beim Weg zum Kommunismus sei eine „kämpferische Praxis“ gefragt, bei der die „bürgerliche Rechtsordnung“ kein Maßstab sein könne.

Es passt wie die Faust aufs Auge, dass Löttschs gegenwärtiger Büroleiter zu DDR-Zeiten Angehöriger des Wachregimentes des Ministeriums für Staatssicherheit war. Das berüchtigte Stasi-Regiment wurde nach dem Aufstand am 17. Juni 1953 ausgebaut, um Unruhen zu bekämpfen. Rekruten des Wachregiments dienten als Wachpersonal im Verhörtrakt der Stasigefängnisse.

Es ist unabdingbar, dass sich die die Linkspartei nun ganz schnell erklärt: Steht sie bedingungslos hinter den Prinzipien Freiheit und Demokratie oder verfolgt sie die Idee des Kommunismus, dessen alleiniges Ziel es ist, den freien Menschen gewaltsam an seine Utopie anzupassen.

# Der Aufschwung geht weiter

## Bundesregierung legt Jahreswirtschaftsbericht 2011 vor

Die Bundesregierung rechnet für 2011 mit einem Wirtschaftswachstum von 2,3 Prozent. Das geht aus dem Jahreswirtschaftsbericht hervor, den der Bundestag am Donnerstag debattierte. Die ursprüngliche Prognose von 1,8 Prozent wurde damit deutlich nach oben korrigiert. In seiner Regierungserklärung sagte Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP): „In Deutschland regiert die Zuversicht. In Deutschland regiert das Wachstum. In Deutschland regiert der Fortschritt. In Deutschland regiert Schwarz-Gelb.“

Ungeachtet der Attacken der Opposition stellte die Union in der Debatte die wirtschaftspolitischen Erfolge des letzten Jahres heraus. Gleichzeitig wurden Lösungswege für zukünftige Herausforderungen aufgezeigt, wie zum Beispiel die Bewältigung der Eurokrise.

### Aufschwung in Breite der Gesellschaft angekommen

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Wirtschaft der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Joachim Pfeiffer, kritisierte Äußerungen der SPD, die Union koche ein lauwarmes Süppchen in der Wirtschaftspolitik. „Die deutsche Wirtschaft wächst und wächst. Dies ist die beste und heißeste Suppe, die wir seit der Wiedervereinigung haben. Und das hat eindeutig mit den Köchen zu tun.“

Die Binnennachfrage ist dabei der stärkste Wachstumsfaktor. „Dies beweist, dass der Aufschwung in der Breite der Gesellschaft angekommen ist“, sagte Pfeiffer. Bei aller Euphorie warnte er aber auch vor Risiken. Euro-Bonds, das heißt gemeinsame Anleihen der EU-Mitgliedstaaten, zur Bewältigung der Schuldenkrise in Europa lehnt er als „süßes Gift“ ab. Sie zerstörten die langfristige Wettbewerbsfähigkeit im Euro-Raum.

### Erfolge nicht zerreden lassen

Der für Wirtschaft und Technologie zuständige stellvertretende Fraktionsvorsitzende Michael Fuchs betonte, dass man sich die erfreuliche Wirtschaftsentwicklung von der Opposition nicht weg diskutieren lasse. Nur die Union habe für die Menschen Chancen am Arbeitsmarkt eröffnet – bei gleichzeitiger solider Haushalts- und Finanzpolitik. Dass dies bei Rot-Grün nicht funktioniere, zeige der Verfassungsverstreit über den Nachtragshaushalt in Nordrhein-Westfalen. „Blamabler geht's nicht“, sagte Fuchs.

### Wohlstand auch in Zukunft sichern

Georg Nüßlein vom Arbeitskreis Wirtschaft der CSU-Landesgruppe will

auch in Zukunft an die erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung anknüpfen. Handlungsbedarf sieht er in der Stärkung des dualen Ausbildungssystems sowie in der Reform der Zeitarbeit. Der stellvertretende Vorsitzende der AG Wirtschaft, Andreas Lämmel, rückte den Bereich Forschung und Entwicklung in den Mittelpunkt. Ziel sei eine steuerliche Forschungs- und Entwicklungsförderung. Marlene Mortler (CSU), Vorsitzende der Arbeitsgruppe Tourismus, stellte den Beitrag der Tourismuswirtschaft am Wirtschaftswachstum heraus.

### Eckpunkte des Jahreswirtschaftsberichtes 2011

- **Überdurchschnittliches Wachstum:** Für 2011 wird mit einem Wirtschaftswachstum von 2,3 Prozent gerechnet (2010: 3,6 Prozent). Deutschland ist die Wirtschaftslokomotive Europas: Das deutsche Wirtschaftswachstum ist doppelt so hoch wie der europäische Durchschnitt.
- **Deutsches Jobwunder setzt sich fort:** Der Beschäftigungsstand war 2010 mit durchschnittlich 40,5 Millionen so hoch wie nie zuvor. 2011 wird die Zahl der Beschäftigten um rund 320.000 auf das Rekordniveau von 40,8 Millionen steigen. Die Arbeitslosenrate soll auf 7,0 Prozent zurückgehen (2010: 7,7 Prozent). Im Jahresschnitt wird die Zahl der Arbeitslosen mit 2,94 Millionen noch unter der Drei-Millionen-Schallmauer liegen.
- **Löhne und Konsum steigen:** Die nominalen Bruttolöhne und -gehälter werden laut Prognose um 2,1 Prozent steigen (2010: 2,2 Prozent). Die Ausgaben der privaten Haushalte sollen um 1,6 Prozent steigen (2010: 0,5 Prozent). Damit erhält die Binnenkonjunktur einen größeren Anteil am Aufschwung.
- **Neuverschuldung sinkt:** Die Nettokreditaufnahme des Bundes lag 2010 bei rund 44 Milliarden Euro. Sie fiel damit deutlich geringer aus als die anfangs veranschlagten 80 Milliarden Euro. Deutschland wird in diesem Jahr auch die Drei-Prozent-Defizitgrenze des EU-Stabilitätspakts wieder einhalten. Für 2011 erwartet man ein gesamtstaatliches Defizit von rund 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

# Aigner: „Der Verbraucher muss wissen, was er isst“

## Regierungserklärung zur Lebensmittelsicherheit

„Dioxin gehört nicht ins Futtermittel und schon gar nicht in die Lebensmittel. Die Beimischung verstößt gegen geltende Gesetze. Es wurde mit unverantwortlichem Vorsatz gehandelt“, betonte Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner am Mittwoch im Bundestag. Was nur zur Produktion von Schmiermitteln taugt, sei in die Nahrungskette gelangt, sagte Aigner in ihrer Regierungserklärung: „Das ist ein echter Skandal.“

Ohne den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft vorgreifen zu wollen, sprach sie von einem „hohen Maß an krimineller Energie“. Die Täter seien skrupellos und hätten gegen gesetzliche Bestimmungen und moralische Regeln verstoßen, sagte die Ministerin. Neben den Verbrauchern seien die Landwirte unverschuldet Opfer in diesem Skandal geworden. In einer breiten gesellschaftlichen Debatte solle über den Wert von Lebensmitteln und die Rolle der Landwirtschaft diskutiert werden. Wie die heutige moderne Landwirtschaft eigentlich funktioniert, sei in der Bevölkerung nicht bekannt.

### Keine unmittelbare Gefährdung der Verbraucher

Gleichzeitig betonte Aigner, dass bislang keine unmittelbare Gefährdung für die Verbraucher festgestellt werden konnte. Bei einigen wenigen Proben seien dennoch die Grenzwerte überschritten worden. Dioxine seien Umweltgifte, deren Ausbreitung so weit wie möglich begrenzt werden müsse. Eier, Schweine und Legehennen dürften so lange nicht in die Nahrungsmittelkette gelangen, bis ihre Unbedenklichkeit feststehe. Laut Aigner sind von den rund 4.760 Betrieben, die gesperrt worden waren, weiterhin 931 geschlossen.

Vorsorgender Verbraucherschutz liege im Interesse von Bund und Län-

dern. „Der Verbraucher muss wissen, was er isst“, forderte Aigner. Die Ministerin kündigte eine Novelle des Verbraucherinformationsgesetzes an. Hersteller von Futterfetten müssten zukünftig eine Zulassung beantragen, die an strenge Auflagen geknüpft ist, erläuterte die CSU-Politikerin. Die zuständigen Überwachungsbehörden der Länder sollten regelmäßige und umfassende Inspektionen vor Ort durchführen. Durch neue Vorschrif-

ten werde festgelegt, dass Futterfette und Futterfettsäuren nicht in Anlagen hergestellt werden dürfen, die gleichzeitig Stoffe für die technische Industrie produzieren. Aigner will weiterhin private Labore verpflichten, Ergebnisse von Untersuchungen, in denen bedenkliche Mengen an unerwünschten Stoffen ermittelt wurden, an die zuständigen Behörden zu melden.

### Aktionsplan Verbraucherschutz in der Futtermittelkette

Als Reaktion auf die Dioxin-Funde in Futtermitteln hat Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner gemeinsam mit den Ländern einen Aktionsplan ausgearbeitet, in dessen Mittelpunkt Sicherheit und Transparenz stehen. Damit soll das Vertrauen der Verbraucher in die Lebensmittel gestärkt und für die Zukunft verhindert werden, dass Landwirte und Betriebe von den kriminellen Machenschaften einzelner geschädigt werden. Devise ist: Vorbeugender Verbraucherschutz geht vor wirtschaftlichen Interessen. Im Folgenden die wichtigsten Punkte des Aktionsplans:

- Gefordert wird eine Zulassungspflicht für Futtermittelbetriebe, die an strenge Auflagen geknüpft ist. Betriebe müssen nachweisen, dass sie die Grenzwerte für kritische Stoffe einhalten.
- Produktionsströme müssen getrennt werden. Futterfette dürfen nicht mehr in Anlagen hergestellt werden, die gleichzeitig Stoffe für die technische Industrie produzieren.
- Die Pflicht der Futtermittelunternehmer zur Kontrolle ihrer Produkte wird verschärft. Sämtliche Ergebnisse der betrieblichen Untersuchungen auf gesundheitlich bedenkliche Stoffe müssen den Behörden gemeldet werden.
- Auch private Labore, die Lebensmittel oder Futtermittel untersuchen und dabei bedenkliche Mengen an unerwünschten Stoffen feststellen, müssen diese Ergebnisse künftig an die zuständigen Behörden melden.
- Die Bundesregierung will sich bei der EU für eine verbindliche Positivliste einsetzen, die abschließend auflistet, welche Einzelfuttermittel zu Mischfuttermitteln verarbeitet werden dürfen.
- Futtermittelunternehmer in Deutschland sollen dazu verpflichtet werden, eine Betriebs- und Produkthaftpflichtversicherung abzuschließen. Damit sollen Abnehmer, insbesondere Landwirte, entschädigt werden, die Opfer einer Lieferung von Futtermitteln werden, welche nicht den rechtlichen Anforderungen entsprechen.
- Das Strafmaß für Verstöße gegen das Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch wird auf den Prüfstand gestellt.
- Alle Daten zu Dioxinen in Lebensmitteln, Futtermitteln und der Umwelt sollen in einer Datenbank zusammengeführt werden. Auf dieser Basis soll ein Frühwarnsystem eingerichtet werden.
- Die Qualität der Lebens- und Futtermittelkontrollen der Länderbehörden soll verbessert werden. Ein Wettbewerb um die beste Kontrolle soll in Gang gesetzt werden.
- Verbraucher sollen erfahren, welche Lebensmittel mit Schadstoffen belastet sind. Die Behörden werden verpflichtet, alle Grenzwertüberschreitungen, die bei Kontrollen zutage gefördert wurden, zu veröffentlichen. Von den Ländern soll dazu eine Internetplattform [www.lebensmittelwarnung.de](http://www.lebensmittelwarnung.de) eingeführt werden.



# Sicherheitsverantwortung schrittweise in afghanische Hände legen

## Bundestag debattiert über Verlängerung des Bundeswehr-Mandats

Der Bundestag stimmt am 28. Januar über die Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr ab. Am Freitag wollten die Abgeordneten in erster Lesung darüber beraten. Im Rahmen des ISAF-Einsatzes sind Bundeswehr-Soldaten seit Ende 2001 am Hindukusch im Einsatz.

### Was ändert sich mit dem neuen Afghanistan-Mandat?

Der Schwerpunkt des deutschen militärischen Engagements liegt weiter auf dem Schutz der afghanischen Bevölkerung und vor allem auf der Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte. Der Anfang 2010 beschlossene Strategiewechsel hin zu einer Übergabe der Sicherheitsverantwortung in afghanische Hände ist der richtige Weg – mit ihr kann voraussichtlich 2011 begonnen werden. Im Zuge dieses Prozesses soll die Präsenz der Bundeswehr ab Ende des Jahres reduziert werden. Dabei ist jeder sicherheitspolitisch vertretbare Spielraum für eine frühestmögliche Reduzierung zu nutzen, soweit die Lage dies erlaubt. Allerdings dürfen dadurch nicht die deutschen Truppen oder die Nachhaltigkeit des Übergabeprozesses gefährdet werden.

Der Beginn der Transition, also der Übergabe der Sicherheitsverantwortung in afghanische Hände, ist jedoch nicht gleichzusetzen mit dem sofortigen Abzug der internationalen Si-

cherheitskräfte. Er erlaubt allenfalls deren allmähliche Verringerung in bestimmten Bereichen. Die Abzugsperspektive für die Soldaten muss sich an konkreten Fortschritten vor Ort bemessen.

### Was ist die Perspektive des Einsatzes?

Die Stabilisierung Afghanistans bleibt für die Staatengemeinschaft auch über die schrittweise Übergabe der Sicherheitsverantwortung hinaus eine langfristige Aufgabe. Nicht nur die Ausbildung und Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte wird fortgesetzt werden müssen. Insbesondere die zivile Aufbauhilfe in den Bereichen Regierungsführung und Entwicklung wird weiter an Bedeutung gewinnen.

Insgesamt wird sich das internationale Engagement in Afghanistan in den Jahren 2011 bis 2014 entscheidend verändern. Dies wird auch Thema der Afghanistan-Konferenz Ende 2011 in Bonn sein, deren Ausrichtung die Bundesregierung auf Wunsch der afghanischen Regierung zugesagt hat. Bereits die erste Afghanistan-Konferenz fand im Dezember 2001 auf dem Petersberg bei Bonn statt.

### Wo stehen wir in Afghanistan?

Seit dem Strategiewechsel Anfang 2010 arbeitet Deutschland im Rahmen seiner Ausbildungsprogramme mit Nachdruck daran, dass afghani-

sche Kräfte so schnell wie möglich selbst für die Sicherheit des Landes sorgen können, und zwar bis 2014. Momentan ist das noch nicht der Fall. Deshalb müssen die internationalen Truppen (ISAF), also auch die Bundeswehr, derzeit noch diese Aufgabe wahrnehmen. Nur so kann Entwicklungshilfe nachhaltige Erfolge erzielen.

Afghanistan wird aber nicht nachhaltig stabilisiert werden können, wenn die afghanische Regierung nicht am gleichen Strang zieht und ihre bei der Kabul-Konferenz im Juli vergangenen Jahres eingegangenen Verpflichtungen – wie gute Regierungsführung, Korruptionsbekämpfung und Aufbau einer unabhängigen Justiz – umsetzt.



Andreas Schockenhoff mit Generalmajor Hans-Werner Fritz, Regionalkommandeur Nord der ISAF

## Arbeitslosigkeit treibt Afghanen zu den Aufständischen

Die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans ist ein entscheidender Faktor für die nachhaltige Befriedung und politische Stabilisierung des Landes: Arbeits- und Perspektivlosigkeit sind laut Umfragen die größten Sorgen der Afghanen und Gründe für den anhaltenden Zulauf zu den aufständischen Gruppierungen. Deutschland hat daher im vergangenen Jahr angekündigt, das entwicklungspolitische Engagement in Afghanistan noch weiter zu intensivieren und bis 2013 insgesamt eine Milliarde Euro hierfür bereitzustellen. Unabhängig von der Dauer des internationalen militärischen Engagements in Afghanistan wird die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit dem Land noch lange nötig sein.

Mit unseren internationalen Partnern haben wir in den vergangenen Jahren bereits beachtliche Erfolge erzielt: Mädchen, die unter der Herrschaft der Taliban nicht zur Schule gehen durften, machen heute über ein Drittel aller Schüler aus. 80 Prozent aller Afghanen haben Zugang zu einer Basisgesundheitsversorgung, und der Anteil der Haushalte, denen Strom und sauberes Wasser zur Verfügung stehen, steigt kontinuierlich.

Entscheidend für den weiteren Erfolg der Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan ist auch eine bessere Koordination zwischen zivilen und militärischen Akteuren. Physische Sicherheit und Entwicklung müssen Hand in Hand gehen, um den Menschen in Afghanistan ein Leben in Frieden und Freiheit zu ermöglichen.

# Kopten in Ägypten befürchten schleichende Ausgrenzung

## Kauder zur Situation der christlichen Minderheit nach dem Anschlag

Nach dem Anschlag auf Christen in Alexandria in der Neujahrsnacht hat sich Unionsfraktionschef Volker Kauder zusammen mit der Kirchenbeauftragten Maria Flachsbarth und der Obfrau im Ausschuss für Menschenrechte, Ute Granold, ein Bild von der Situation der Kopten in Ägypten gemacht. Er sprach mit Vertretern der Regierung und der Kopten. Bei dem Anschlag wurden mindestens 21 Menschen getötet und Dutzende verletzt. Die Kopten sind die größte christliche Gemeinschaft im Nahen Osten. Schätzungen zur Zahl ihrer Mitglieder schwanken zwischen acht und zwölf Millionen. In Ägypten machen sie rund zehn Prozent der Bevölkerung aus. Sie sehen sich im Alltag immer wieder Diskriminierungen und Benachteiligungen durch Muslime ausgesetzt.

„Fraktion direkt“ sprach mit Volker Kauder nach seiner Reise Anfang Januar.

### Tut die Regierung Mubarak Ihrer Meinung nach genug für den Schutz religiöser Minderheiten, besonders der Christen?

Kauder: Der Anschlag vom Neujahrstag auf die Christen in Alexandria hat nach unserem Eindruck tatsächlich ganz Ägypten erschüttert. Von Seiten der ägyptischen Regierung und auch des höchsten Repräsentanten der Muslime wurde uns versichert, dass für sie Ägypten auf zwei Säulen beruht: der muslimischen Mehrheit einerseits, aber auch der koptischen Minderheit andererseits. Ich glaube daher schon, dass der ägyptische Staat ein hohes Eigeninteresse hat, für den Schutz der Christen zu sorgen. Es würde auch den ägyptischen Staat verändern, wenn der Terror gegen Christen weiter zunehmen würde. Das wird die Regierung von Staatspräsident Hosni Mubarak schon aus eigenem Interesse verhindern wollen. Ich habe aber den Eindruck, dass die Polizei trotzdem noch mehr zum Schutz der Kopten tun könnte.

Was erwarten Sie sich von der Regierung Mubarak noch an Schutzmaßnahmen?

Kauder: Wichtig ist jetzt vor allem, dass die Täter des Anschlags schnell gefasst und verurteilt werden. Das wäre ein bedeutendes Signal. Denn die Christen waren bei unserem Besuch zornig, weil sich aus ihrer Sicht ein Prozess um einen Anschlag, bei dem vor einem Jahr ebenfalls Kopten getötet worden waren, viel zu lange hingezogen hatte.

### „Diskriminierung, aber keine systematische Verfolgung“

Sie sagen, dass Christen in Ägypten diskriminiert, aber nicht verfolgt würden. Was ist der Unterschied? Ist ein Attentat wie das jüngste nicht Ausdruck einer Verfolgung?

Kauder: Verfolgung würde bedeuten, dass der Staat systematisch Christen an der Ausübung ihrer Religion hindert. Das haben wir in Ägypten nicht erfahren. Wohl haben aber vor allem junge Kopten darüber geklagt, dass die Christen im Parlament und vor allem im Staatsapparat nur unzureichend vertreten sind. Es werden schon auf subtile Weise Unterschiede zwischen Muslimen und Christen gemacht. Die jungen Kopten befürchten eine schleichende Ausgrenzung. Diese

wiederum könnte aus ihrer Sicht auch dazu führen, dass islamistische Fanatiker die Christen immer stärker als Ziel ihrer Bluttaten ansehen.

### Wo sehen Sie die Ursache für den offenbar wachsenden Hass auf Christen im arabischen Raum?

Kauder: Im arabischen Raum herrscht seit Jahren tiefes Misstrauen. Der islamische Fundamentalismus gewinnt aber immer mehr an Einfluss. Das bedroht weitgehend säkulare und auch grundsätzlich dem Westen wohlgesonnene Staaten wie Ägypten. Der Fundamentalismus nimmt auch in Südostasien zu, wie ich dort vor Ort erfahren habe. Der Krieg im Irak hat diesem Fundamentalismus sicher neuen Auftrieb gegeben.

Folgt die von Ihnen gezeigte Solidarität mit den verfolgten Christen aus dem „C“ der Union oder handelt es sich um eine allgemein-humanitäre Motivation?

Kauder: Die Kopten sind trotz mancher Unterschiede erstens unsere Glaubensbrüder. Und seinen Brüdern und Schwestern steht man bei. Zweitens machen wir Politik auf Grundlage des christlichen Menschenbilds. Dazu gehört dann auch die Verteidigung der weltweiten Religionsfreiheit.



Volker Kauder traf das Oberhaupt der koptischen Christen, Papst Schenuda III.

# Für Religionsfreiheit überall auf der Welt

## Stephanuskreis der Fraktion setzt sich für verfolgte Christen ein

Das Bombenattentat in einer ägyptischen Kirche am Neujahrmorgen, ständiger Terror gegen Christen im Irak, religiös motivierte Ausschreitungen in Indien - die nicht abreißende Anschlagserie ist Beleg für die schwierige Situation von Christen in aller Welt, für deren Anliegen der 2010 gegründete Stephanuskreis sich einsetzt.



Ute Granold  
Obfrau der Union im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages

Dass die Zielsetzung und die Arbeit des Arbeitskreises aktueller und wichtiger denn je ist, davon konnte sich seine Sprecherin Ute Granold, Obfrau der Union im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages, während eines Solidaritätsbesuch in Kairo im Gespräch mit betroffenen Kopten selbst überzeugen. Auf ihre Initiative hin hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im April 2010 den Kreis gegründet. Benannt nach dem ersten christlichen Märtyrer, dem Katholiken wie Protestanten gedenken, stellt der Kreis die Religionsfreiheit ins Zentrum seiner Arbeit und widmet sich dabei vor allem der Situation der verfolgten Christen in aller Welt.

Schon in der vergangenen Legislaturperiode hatte sich die AG Menschenrechte der CDU/CSU-

Bundestagsfraktion des Themas angenommen. Nun soll dieses Engagement mit dem Stephanuskreis über die verschiedenen Arbeitsgruppen hinweg ausgebaut werden. Hintergrund ist dabei auch die Verpflichtung der christlich-liberalen Koalition im Koalitionsvertrag, weltweit für Religionsfreiheit einzutreten und sich dabei insbesondere mit der Lage christlicher Minderheiten zu befassen.

### Projekte mit Auslandsvertretungen und Nichtregierungsorganisationen

Durch Gespräche mit Betroffenen und mit Experten möchte der Stephanuskreis die Fraktion für aktuelle und grundsätzliche Aspekte dieser Thematik sensibilisieren. Bei regelmäßigen Treffen informieren sich die Teilnehmer insbesondere über die Situation verfolgter und diskriminierter Christen in verschiedenen Ländern und diskutieren Handlungsoptionen, die dann in konkreten Projekten mit Auslandsvertretungen oder Nichtregierungsorganisationen umgesetzt werden und so bedrängten Gläubigen Hilfe bringen. Pressearbeit und Ver-

anstaltungen helfen darüber hinaus, das Thema auch in einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Parlamentarische Initiativen und Anträge tragen dazu bei, die Einhaltung des zentralen Menschenrechts „Religionsfreiheit“ einzufordern. Der im vergangenen Jahr abschließend im Parlament beratene Antrag der christlich-liberalen Koalition, „Religionsfreiheit weltweit schützen“, ist ein aktuelles Beispiel. Ziel ist außerdem, im Europäischen und in den nationalen Parlamenten ein Netzwerk von Unterstützern und Multiplikatoren aufzubauen, um das Anliegen international voranzubringen. Die gemeinsame Resolution der Fraktionen von CDU/CSU und ÖVP zur Lage der religiösen Minderheiten in der Türkei weist bereits in diese Richtung.

2010 hat sich der Stephanuskreis vor allem mit der Situation der religiösen Minderheiten in der Türkei und in Indien befasst. Zukünftige Schwerpunkte sind „Diffamierung der Religion“ und das „Recht auf Mission und Glaubenswechsel“. Auch ein Austausch mit den beiden Kirchen ist geplant.

### Der heilige Stephanus

Stephanus war der erste von sieben Diakonen der urchristlichen Gemeinde in Jerusalem; sie waren von den Aposteln durch Handauflegung geweiht worden. Diakone waren für die Glaubensverkündigung und die sozialen Belange der Gemeinde zuständig und reichten in ihrer Bedeutsamkeit nahe an die Apostel heran. In der Apostelgeschichte heißt es, Stephanus war ein Mann „voll Gnade und Kraft, tat große Wunder und Zeichen unter dem Volke“.

Durch eine seiner Predigten geriet Stephanus mit den hellenistischen Juden in Jerusalem in Konflikt. Sie brachten ihn unter dem Vorwurf der „Reden wider die heiligen Stätten und das Gesetz“ mit Hilfe falscher Zeugen vor den Hohen Rat. Er durfte seine Verteidigungsrede, in der er seinen christlichen Glauben bekannte, nicht zu Ende führen. Darin hatte er die Vision, wie Jesus „zur Rechten Gottes“ steht. Daraufhin wurde er als Gotteslästerer gebrandmarkt und von der aufgebracht Menge vor den Stadttoren gesteinigt. Stephanus ist somit der erste, von dem überliefert wird, dass er wegen seines Bekenntnisses zu Jesus Christus getötet wurde. Seine Steinigung war der Auftakt zu einer großen Christenverfolgung in Jerusalem.

Der Stephanus-Tag wird schon seit der Einführung des Weihnachtsfestes am 26. Dezember begangen, womit die Freude über die Geburt Jesu und die Trauer über die Bedrohtheit des Lebens ganz nahe zusammen gesehen werden. Stephanus wurde Patron der Pferde und des Gedeihens in Feld und Haus. Seit 2003 ruft die Deutsche Bischofskonferenz der Katholiken dazu auf, den Tag als Fürbittetag für „Verfolgte Christen heute“ zu begehen.



## „Zwangsheiraten sind mit unserer Werteordnung unvereinbar“

Der stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgruppe Innen, Reinhard Grindel, zur Bekämpfung der Zwangsheirat



Reinhard Grindel  
Stellv. Vorsitzender der Arbeitsgruppe Innen

Der Bundestag hat am Donnerstag in erster Lesung über das neue Gesetz zur Bekämpfung der Zwangsheirat beraten. Zwangsheiraten sind zwar nicht mit unserer Werteordnung vereinbar, aber warum muss dafür gleich ein eigener Straftatbestand geschaffen werden?

Grindel: Es geht uns darum, Zwangsheirat noch stärker als bisher als strafwürdiges Unrecht zu ächten. Es macht rechtspolitisch einen gravierenden Unterschied, ob ein Unterfall der Nötigung vorliegt oder ob der Gesetzgeber jedem deutlich vor Augen führt: Wir kämpfen gegen Zwangsheirat. Insbesondere akzeptieren wir nicht die falsche Vorstellung, dass die Zwangsheirat wegen anderer kultureller Traditionen toleriert werden müsste. In Deutschland gilt unsere Werteordnung, und mit der sind Zwangsverheiratungen unvereinbar.

Was genau stellt das Gesetz unter Strafe? Können Sie dafür ein paar Beispiele nennen?

Grindel: Bestraft wird einmal, wer in Deutschland einen Menschen durch Gewalt oder Drohung mit einem empfindlichen Übel zur Eingehung einer Ehe nötigt. Meist werden junge Frauen im Herkunftsland gezwungen, einen in Deutschland lebenden Mig-

ranten zu heiraten und ihm dann nach Deutschland zu folgen. Gleichzeitig wird aber auch die Verschleppung ins Ausland unter Strafe gestellt. Dabei sind Fälle denkbar, in denen einer Frau von ihren Eltern vorgegaukelt wird, man wolle im ursprünglichen Heimatland nur Ferien verbringen, tatsächlich kommt es dort dann aber zwangsweise zur Eheschließung. Für die Täter ist ein Strafmaß von sechs Monaten bis zu fünf Jahren vorgesehen.

Welche Signalwirkung erhoffen Sie sich von dem Gesetz für die Integration von Zuwanderern?

Grindel: Ich erhoffe mir eine Debatte unter unseren ausländischen Mitbürgern. Gerade unter jugendlichen Migranten ist die Zwangsheirat schon heute ein Thema. Da soll unser Straftatbestand präventive Wirkung entfalten. Ich denke auch, dass wir jungen Frauen dadurch helfen, dass sie sich auf den Straftatbestand gegenüber ihren Eltern und Verwandten berufen können. Vor allem wünsche ich mir aber auch, dass Behörden, Sozialberater, Lehrer und Nachbarn wegen des neuen Gesetzes intensiver hinschauen, wenn ihnen Fälle von Zwangsheirat begegnen. Gerade in der Schule fällt es auf, wenn sich ein Mädchen plötzlich aus der Klasse verabschiedet, weil sie allein ohne ihre Familie die Stadt wechselt oder ins Herkunftsland zurückkehrt. Dem muss ein Lehrer schon mal nachgehen.

### Rückkehrrecht für Opfer

Welche Hilfen sieht das Gesetz für Frauen vor, die Opfer einer Zwangsheirat werden?

Grindel: Wir schaffen ein umfassendes Rückkehrrecht für Menschen, die sich nach einer Verschleppung ins Herkunftsland aus ihrer Zwangslage befreien konnten. Unter dem Ge-

sichtspunkt des Opferschutzes können dabei Migranten, die in Deutschland lange gelebt haben und gut integriert waren, auch noch nach zehn Jahren Abwesenheit wieder nach Deutschland zurückkehren.

Der Bundestag will weitere aufenthaltsrechtliche Vorschriften ändern. So sollen zum Beispiel Scheinehen erschwert werden. Was bringt die Heraussetzung der Mindestbestandszeit solcher Ehen von zwei auf drei Jahre? Grindel: Die Ausländerbehörden haben länger Zeit, eine Scheinehe auch tatsächlich aufzudecken. Außerdem wird der Anreiz, eine solche Scheinehe einzugehen, natürlich umso geringer, je länger man auf sein eigenständiges Aufenthaltsrecht warten muss. Wir als CDU/CSU hätten uns hier sogar die ursprüngliche Wartefrist von vier Jahren vorstellen können, die Rot-Grün verkürzt hatte.

Zuguterletzt soll auch die Einhaltung von Integrationsverpflichtungen wie der Besuch von Sprachkursen strenger kontrolliert werden. Welche Sanktionen sind vorgesehen, wenn ein Zuwanderer seinen Pflichten nicht nachkommt?

Grindel: Das kann dazu führen, dass bei wiederholter und gröblicher Verletzung der Teilnahmepflicht die Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert wird. Bei Hartz-IV-Empfängern ist auch eine Senkung der Sozialleistungen möglich. Ich will aber betonen, dass es uns nicht um die Sanktionen geht, sondern darum, dass ein Ausländer tatsächlich seiner Teilnahmepflicht nachkommt. Dazu brauchen wir einen besseren Informationsaustausch zwischen den Kursträgern und den Ausländer- und Sozialbehörden. Wir brauchen aber auch eine bessere Vernetzung der Integrationskursträger selbst, damit Kurse schneller anfangen und qualitativ besser werden.



# Weißrussland – Repressionen sanktionieren, Zivilgesellschaft stärken

Mehr als einen Monat nach den Präsidentschaftswahlen in Weißrussland sind führende Oppositionelle immer noch inhaftiert. Repressionen gegen Zivilgesellschaft, Nichtregierungsorganisationen und unabhängige Medien dauern an. Die CDU/CSU-Fraktion mahnt die Rückkehr zu demokratischen Umgangsformen an.

Präsident Alexander Lukaschenko ist nach dem offiziellen Ergebnis der Wahl vom 19. Dezember wieder gewählt, doch die Wahlen genügten nicht demokratischen Mindeststandards. Friedliche Demonstrationen wurden brutal aufgelöst, und über 700 Teilnehmer, darunter führende Oppositionelle wie Wladimir Neklajew und Vitali Rymaschewski, inhaftiert.

Es klingt wie Hohn: Lukaschenko hat nur kurz vor der Niederschlagung der demokratischen Proteste in Minsk am 2. Dezember 2010 die Abschlussklärung des OSZE-Gipfels in Astana unterzeichnet. Darin erneuern alle

Mitglieder der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa das Bekenntnis zur Schlussakte von Helsinki, in der die Erhaltung des Friedens mit dem Respekt für Menschenrechte und Grundfreiheiten verbunden wird.

Bereits vor den Wahlen hatten CDU/CSU und FDP einen Antrag im Bundestag eingebracht, in dem sie freie Wahlen und Wahrung der Menschenrechte fordern. Bei ihrer Klausurtagung verabschiedeten die CDU/CSU-Außenpolitiker am 16. Januar 2011 das Positionspapier „Weißrussland – Repressionen beenden, Menschenrechtsverletzungen sanktionieren, Zivilgesellschaft stärken“. Darin kommt klar zum Ausdruck: Neklajew, Rymaschewski und die vielen Opfer des Staatsapparates brauchen die Hilfe Deutschlands und der EU. Es darf keine hochrangigen Kontakte zwischen der Regierung Lukaschenko und EU-Staaten geben, bis die politi-

schen Gefangenen frei und die Bürgerrechte wiederhergestellt sind. Die Fraktion fordert die Bundesregierung dazu auf, im Rahmen der EU auf ein Einreiseverbot für Präsident Lukaschenko und weiterer für die Gewaltaktionen verantwortlicher Personen hinzuwirken. Wir müssen die Zivilgesellschaft unterstützen, auch durch Visaerleichterungen für Oppositionelle und junge Menschen.

Die Fraktion teilt das Ziel eines demokratischen, den europäischen Werten verpflichteten und die Menschenrechte achtenden Belarus. Etwas anderes wird sie in ihrer direkten Nachbarschaft, 22 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer, niemals akzeptieren. Denn die Außenpolitik der Fraktion ist wertegebundene Außenpolitik.

(Das Positionspapier zu Weißrussland finden sie auf unserer Homepage [www.cducsu.de](http://www.cducsu.de) unter Presse/Texte und Interviews vom 16.01.2011)

## Kurz notiert

### Das Arbeitsprogramm der EU-Kommission

Im Mittelpunkt des Arbeitsprogramms der EU-Kommission für 2011, das der Bundestag am Donnerstag erörterte, stehen die Festigung des Aufschwungs und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Europa. Das Programm ist Teil der Zehnjahresstrategie „Europa 2020“, die auf die Förderung von Bildung, Wissen und Innovationen, eine ressourcenschonende Produktion und eine stärkere Bekämpfung der Arbeitslosigkeit setzt.

Um diese Ziele zu erreichen, will die Kommission die wirtschaftspolitischen Steuerungsmöglichkeiten auf EU-Ebene stärken. Die neuen Vorschläge zielen dabei auf eine umfassendere Überwachung der Haushaltspolitik auf EU-Ebene. So soll

verhindert werden, dass übermäßige Defizite in einzelnen Ländern die finanzpolitische Stabilität Europas gefährden.

### Überlange Gerichtsverfahren

Bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren sollen Bürger künftig einen speziellen Entschädigungsanspruch erhalten. Der Bundestag beriet am Donnerstag in erster Lesung ein entsprechendes Gesetz, mit dem eine Rechtsschutzlücke geschlossen wird. „Gerichtlicher Rechtsschutz ist nur dann effektiv, wenn er nicht zu spät kommt“, heißt es in dem Gesetzentwurf. Sowohl das Grundgesetz als auch die Europäische Menschenrechtskonvention sehen einen Anspruch auf Rechtsschutz in angemessener Zeit vor.

Die Entschädigung soll 1.200 Euro für jedes Jahr der Verzögerung betragen. Entschädigung erhält ein Verfahrensbeteiligter nur dann, wenn er zuvor bei dem mit der Sache befassten Gericht die Dauer des Verfahrens gerügt hat.



justice © Kamaga

## Preise für Nahrungsmittel 2010 gestiegen

Wiesbaden – Die Preise für Nahrungsmittel sind 2010 kräftig gestiegen. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilte, legten die Nahrungsmittelpreise im Dezember 2010 gegenüber Dezember 2009 um 3,6 Prozent zu. Damit wurde zum Jahresende 2010 der stärkste Preisanstieg bei Nahrungsmitteln für das Jahr 2010 gemessen.

Die Jahresteuersatzrate für Nahrungsmittel lag gegenüber 2009 bei 1,6 Prozent. Im Vergleich dazu haben sich die Verbraucherpreise 2010 insgesamt nur um 1,1 Prozent erhöht. Auch mittelfristig zeigt sich, dass sich Nahrungsmittelpreise preistreibend auf die Gesamtsteuerung auswirken: Mit plus 13,0 Prozent Teuerung seit 2005 liegt der Anstieg der Nahrungsmittelpreise deutlich über der allgemeinen Verbraucherpreisentwicklung (Gesamtindex: plus 8,2 Prozent).

Die Preisentwicklung der einzelnen Nahrungsmittel verlief 2010 jedoch unterschiedlich:

Den stärksten Preisanstieg gab es im Jahr 2010 bei Speisefetten, in erster Linie bei Butter. Für die Verbraucher spürbare Preisanstiege wurden auch bei Obst und Gemüse sowie Fisch und Fischwaren registriert. Günstiger zu haben waren dagegen Süßwaren und Zucker allgemein. Relativ stabil blieben Brot- und Getreideerzeugnissen, Fleisch, Molkereiprodukte und Eier.



Der Weg zum Fortschritt mit dem Navi Gabriel

Zeichnung: Sakurai

## Leichte Bevölkerungsabnahme für 2010 erwartet

Wiesbaden – Die Einwohnerzahl Deutschlands dürfte 2010 leicht gesunken sein. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, lebten nach vorläufigen Zahlen am Jahresende 81,7 Millionen Menschen in Deutschland und damit 0,1 Millionen oder 0,1 Prozent weniger als im Vorjahr.

Es wird für das Jahr 2010 mit 665.000 bis 680.000 lebend geborenen Kindern und mit 850.000 bis 860.000 Sterbefällen gerechnet. Daraus wird sich voraussichtlich ein Geburtendefizit – Differenz

aus Geburten und Sterbefällen – von etwa 180.000 bis 195.000 ergeben. 2009 lag dieses Defizit bei 189.000: den 855.000 Sterbefällen standen 665.000 Geburten gegenüber.

2010 hat es wieder einen positiven Wanderungssaldo gegeben, der allerdings nicht ausreichte, um das erwartete Geburtendefizit auszugleichen. Der Schätzung zufolge zogen etwa 80.000 bis 100.000 Personen mehr aus dem Ausland zu als ins Ausland fort. Letztmalig wurde im Jahr 2004 mit 83.000 Personen ein ähnlich hoher Wanderungsgewinn festgestellt. In den Jahren 2008 und 2009 wurden sogar Wanderungsverluste gegenüber dem Ausland von 56.000 sowie 13.000 Personen registriert. Es ist jedoch davon auszugehen, dass in den erhöhten Fortzugszahlen dieser beiden Jahre Melderegisterbereinigungen enthalten sind.

### Termine

- 26. Januar 2011 Kongress Nachhaltigkeit
- 27. Januar 2011 Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus im Plenarsaal

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet ➔ [www.cducsu.de](http://www.cducsu.de)  
 Der Blog der CDU/CSU-Fraktion ➔ [blogfraktion.de](http://blogfraktion.de)  
 Der Podcast von Volker Kauder ➔ [ikauder.cducsu.de](http://ikauder.cducsu.de)  
 Fraktion direkt ➔ [www.cducsu.de/ftd](http://www.cducsu.de/ftd)  
 (Bitte auf den Pfeil klicken.)



[www.facebook.com/cducsubundestagsfraktion](http://www.facebook.com/cducsubundestagsfraktion)



[www.youtube.com/cducsu](http://www.youtube.com/cducsu)



[twitter.com/cducsu](http://twitter.com/cducsu)

## „Fraktion direkt“ bestellen

Diesen Bestellschein ausfüllen, unterschreiben und senden:

per **FAX** an: 030 / 227-56660

per **POST** an: CDU/CSU-Fraktion, Pressestelle, Platz der Republik, 11011 Berlin

# BESTELLSCHEIN

Senden Sie mir bitte regelmäßig „Fraktion direkt“ (erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages)

als E-Paper per Email

als Druckausgabe per Post

\_\_\_\_\_  
Vorname, Name

\_\_\_\_\_  
Straße, Hausnr.

\_\_\_\_\_  
PLZ, Ort

\_\_\_\_\_  
Telefon

\_\_\_\_\_  
Email-Adresse

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift